

"Alltag" in der DDR - gespiegelt in den Eingaben an die Ökumenischen Versammlungen*

Matthias Manrique

Die Idee zu einer ökumenischen Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für "Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" geht zurück auf die 6. Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver (Kanada). Dort hatten die Delegierten der DDR-Kirchen beantragt, einen "Konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" weltweit durch die Kirchen stattfinden zu lassen. Aktueller Hintergrund war die politische Diskussion über Hochrüstung der beiden "Supermächte" USA und UdSSR, der NATO-Nachrüstungsbeschluß von 1979, die sowjetische Raketenmodernisierung und -aufstellung in Osteuropa und die von der internationalen Friedensbewegung durchaus kontrovers diskutierte Möglichkeit einer gemeinsamen Friedenspolitik in West- und Osteuropa.

Historisch-theologischer Hintergrund des Antrags war, daß die DDR-Delegierten meinten, die Zeit sei reif für ein Friedenskonzil nach dem Vorbild eines vom Theologen Dietrich Bonhoeffer im Jahre 1934 proklamierten Vorschlags.¹ Der ehemalige

Dresdner Superintendent und Vorsitzende des Präsidiums der ökumenischen Versammlung, der Pfarrer der protestantischen Kreuz-Kirche Christof Ziemer, bemerkte zur weiteren zeitlichen Entwicklung des Konziliaren Prozesses:

"1985 nahm C. F.v. Weizsäcker diese Idee auf und rief auf dem Düsseldorfer Kirchentag die Kirchen zu einem Friedenskonzil auf. Die Konzils-idee bzw. der Konziliare Prozeß findet vor allem in Kirchen und Gruppen in den beiden deutschen Staaten eine breite Resonanz. So kommt es 1986 in der DDR zum Vorschlag für die ÖV und 1987 zum Vorschlag eines Ökumenischen Forums in der BRD. Dabei lag die Aufgabe darin, die globalen Herausforderungen im Kontext der jeweiligen Situation aufzugreifen. Im Brief des Dresdner Stadtökumenekreises wird Sinn und Ziel der ÖV darin gesehen, 'im eigenen Haus zu verwirklichen, was wir von einer Weltversammlung erwarten'..."²

Im Februar 1986 erarbeitete dieser Dresdner Stadtökumenekreis darüber hinaus eine Empfehlung an die Gemeinden der DDR, im eigenen Land doch zu ermitteln, wie denn diese globalen Herausforderungen mit einer Reformperspektive verbunden werden können. Daraus entwickelten sich die drei ökumenischen Versammlungen in Dresden, Magdeburg und Dresden 1988 und 1989.

Überlegungen zu "Alltag" und Alltagserforschung

Der Historiker Rainer Eckert bemerkte einmal: "Im Mittelpunkt alltagsgeschichtlicher

* Dieser Text ist die stark überarbeitete Kurzfassung eines Beitrags für Band 3 der Reihe "Am Ende des realen Sozialismus", hrsg. von Eberhard Kuhrt: Staat und Gesellschaft der DDR in den 80er Jahren und in der Zusammenbruchphase der SED-Herrschaft, Opladen (Sept.) 1997.

¹ Rein, Gerhard: Die protestantische Revolution 1987-1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990; Lingner, Olaf: Friedensarbeit in der Evangelischen Kirche der DDR 1978-1987. Kirchliches Jahrbuch 1987, Gütersloh 1989; Mau, Rudolf: Eingebunden in den Realsozia-

lismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED, Göttingen 1994.

² Ziemer, Christof: Der konziliare Prozeß in den Farben der DDR, in: Materialien zur Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VI/2: Kirchen in der SED-Diktatur, Frankfurt/M./Baden-Baden 1995, S. 1430-1635, S. 1437.

Forschung steht das Leben der im gesellschaftlichen und kulturellen Leben nicht hervorgehobenen Masse der Bevölkerung. Das Verhalten dieser Menschen in ihrer Freizeit, während der Arbeitszeit, in der Jugend und im Alter, innerhalb politischer und gesellschaftlicher Organisationen ist das eigentliche Thema.³ Diese Definition ist für unser Thema sehr geeignet. Der Alltag der Menschen ist deren soziale Lebenswelt, deren Alltagspraxis in den verschiedenen sozialen Bezügen und Realitätsdimensionen (Familienalltag, Schulalltag, Berufsalltag, Alltagssprache). Es geht also nicht um die Erstellung einer Strukturanalyse von Staat und Gesellschaft der DDR, sondern darum, wie die Menschen in der DDR ihren Alltag vor dem Hintergrund sozioökonomischer und soziopolitischer Gegebenheiten reproduzierten. Superintendent Ziemer spricht in diesem Zusammenhang vom "induktiven Ansatz": von der die "Kompetenz der Betroffenheit von unten",⁴ von den Menschen an der Basis, die ihren Alltag in einer Diktatur zu bewältigen hatten. Ziemer führte dazu aus: "Die Analyse der Bitten, Forderungen und Vorschläge wäre ein Stück 'Alltagsgeschichte der DDR - Stand 1987'.⁵

Art, Form und Inhaltsspektrum der Eingaben

Im Jahre 1988 befand sich die DDR gleichsam am Vorabend ihres Zusammenbruchs, und eine bis dahin nie gekannte Anzahl von Oppositionsgruppierungen im Umfeld der evangelischen Kirche wagte sich an die Öffentlichkeit. Des weiteren muß auf den globalpolitischen Kontext der Reformbemühungen des damaligen KPdSU-Generalsekretärs Gorbatschow hingewiesen

werden, um die Dringlichkeit und Deutlichkeit der Eingaben und Reformvorschläge verstehen zu können.

Alltagsspezifische Probleme der DDR-Bürger aus den Eingaben und Vorschlägen herauszufiltern, ist insofern nicht ganz einfach, da sie nicht selten negativ formuliert sind; d.h. aus den Kritikpunkten und der Einforderung von staatlichen Leistungen und Reformmaßnahmen (beispielsweise ein Mangelzustand, das Fehlen von Ressourcen und/oder ein Soll-Zustand) muß zurückgeschlossen werden auf die tatsächlichen Alltagsverhältnisse. Außerdem werden in den Eingaben Forderungen nach gerechteren Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt gestellt und nicht selten in Verbindung gebracht mit Forderungen zur Änderung des Konsumverhaltens der DDR-Bevölkerung.

Folgende Themenbereiche werden in den Eingaben angesprochen und diskutiert:

- Wohnsituation, Infrastruktur und Verkehrswesen; - Familienerziehung und staatliches Erziehungssystem;
- Wehrdienstproblematik und "sozialer Friedensdienst"; - allgemeines Freizeitverhalten, Konsumproblematik und Alkoholismus; - Umweltproblematik, ökologischer Zustand und materieller Lebensstil; - soziale Situation und Rolle der Frau; - Abtreibungsproblematik;
- Situation der Jugend; - Resignation, Desinteresse und Egoismus; - Umgang miteinander, Toleranz und Abbau von Feindbildern; - Umgang mit Minderheiten (z.B. Homosexuelle, Ausländer, ehemalige Strafgefangene); - Rassismus; - Situation von alten Menschen und Pflegebedürftigen; - Bevormundung von Behörden (Verhältnis Bürger - Verwaltung); - Reise- und Ausreisemöglichkeiten; - Recht auf Information und unabhängiger Öffentlichkeit;
- Menschenrechtsproblematik; - Erfahrung eines Mangels von politischen Partizipa-

³ Eckert, Rainer: Zur Rolle der Massenorganisationen im Alltag der DDR-Bevölkerung, in: Materialien, Bd. II/2: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, a.a.O. 1995, S. 1243-1300, S. 1244.

⁴ Ziemer, a.a.O., S. 1439.

⁵ Ziemer, a.a.O., S. 1440.

tionsmöglichkeiten; - Nichtvorhandensein von Rechtssicherheit, Pluralismus und Gewaltenteilung; - allgemeine Demokratiethematik im Verhältnis zum Alltag.

Die Eingaben, die zwischen Dezember 1987 und Februar 1988 zu den Themenschwerpunkten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung für die 1. Vollversammlung des Konziliaren Prozesses in Dresden (12. - 15.2.88) geschrieben wurden und die eingabeähnlichen Stellungnahmen zu den dreizehn Textentwürfen der dreizehn Arbeitsgruppen der 2. Vollversammlung in Magdeburg (8. - 11.10.88), geschrieben von Oktober 1988 bis April 1989, sind höchst unterschiedlicher Art und Form. Wichtig zu erwähnen ist noch, daß die ökumenischen Versammlungen nichtöffentlich waren: Die protestantische und die katholische Kirchen konnten jeweils Vertreter entsenden, die dann auch in den Arbeitsgruppen tätig waren. Schon die Anzahl der Eingaben ist bemerkenswert: Zu den drei Themenschwerpunkten wurden, aus allen Regionen der DDR kommend, über 10 000 (!) Eingaben und Einzelvorschläge an die Anschrift des Sekretariats der ökumenischen Versammlung in der Caspar-David-Friedrich-Straße (Büro des Superintendenten) in Dresden gerichtet.⁶ Diese hohe Anzahl der Eingaben hat somit schon gewissen Repräsentativcharakter über die Reproduktion und Sorgen des Alltags in der DDR. In ihnen äußern sich Einzelpersonen und Kirchengemeindekreise beider Konfessionen (prozentual allerdings mehr Protestanten als Katholiken), ferner Einzelpersonen aus dem aktiven Umfeld von Kirchengemeinden, sodann der evangelischen Kirche nahestehende Ökologie- und Friedensgruppierungen und schließlich Personen, die nicht (direkt) im Gemeindeleben stehen, wie z.B. NVA-

Soldaten, die vom Kirchgang Gebrauch machen wollen und bislang nicht durften.⁷

Die Einzelvorschläge und Eingaben können von der Form her unterteilt werden in handgeschriebene, maschinengeschriebene und auf Computer geschriebene, von letzteren gibt es freilich höchstens zehn. Die handgeschriebenen Eingaben wurden auf Briefpapier, auf zugeschnittenes Papier, auf Blockpapier, auf Karteikarten (!), Postkarten oder Ansichtskarten geschrieben, d.h. eine hohe Anzahl wurde für alle im Postzustellwesen Arbeitenden offen sichtbar geschrieben. Eingedenk der systematisch betriebenen Überwachungspraxis in der DDR ist dies schon eine bemerkenswerte Vorgehensweise, stellt man in Rechnung, daß das MfS den Briefverkehr kontrollierte und bedenkt man überdies die doch wohl zumeist politisch brisante Botschaft der Eingaben. Superintendent Ziemer hebt dazu hervor, daß das MfS massiv die gesamte Ökumenische Versammlung unter Ausnutzung aller Geheimdienstmethoden bespitzelte und alle Eingaben nach Kriterien auswertete: "Von den ca. 10 000 Eingaben vor der 1. Vollversammlung sind 'durch operativ-technische Maßnahmen' ca. 1 000 Eingaben dokumentiert worden. Während die Unterlagen der Vollversammlungen sicher direkt durch 'inoffizielle Mitarbeiter' an das MfS gegeben wurden, sind die übrigen Materialien wohl vorwiegend der Postkontrolle des Sekretariats in Dresden 'gewonnen' worden."⁸

Bei den maschinengeschriebenen Eingaben verhält es sich ganz ähnlich: auch sie auf unterschiedlichem Papiermaterial geschrieben, auch sie auf Karteikarten, Postkarten und in Briefen. Die Länge der Eingaben ist dabei höchst unterschiedlich, sie reicht von

⁶ Vgl. Ziemer, a.a.O., S. 1432ff.; Rein, a.a.O., S. 72f.; Lingner, a.a.O., S. 28ff.

⁷ Vgl. Evangelisches Zentralarchiv Berlin: Bestand 117/9 [bei späteren Erwähnungen: EZA 117/...], Nr. 3544, Jan. 1988.

⁸ Ziemer, a.a.O., S. 1461. Das MfS hat auf Basis geheimdienstlicher Ermittlungen eine Kriterienliste zu den in den Eingaben enthaltenen Hauptpunkten erstellt: vgl. Ebenda, S. 1580.

nur kurzen Stichworten, über einzelne Sätze, mehrseitigen in telegrammstil gebildeten Halbsätzen bis hin zu ganzen, über mehrere Seiten ausgedehnte Abhandlungen. Die handgeschriebenen Eingaben sind dabei leicht in der Überzahl, die in Umschlägen ebenso leicht in der Überzahl vor den Post- und Ansichtskarten. Die Eingabeschreibern (Petenten) gehören allen Altersstufen mit Ausnahme von Kindern an.

"Bewahrung der Schöpfung": Zur ökologisch-sozialen und ethischen Dimension des Alltags

Die überwiegende Zahl der Eingaben nimmt Stellung zur Ökologie- und Umweltproblematik, gekoppelt mit der Forderung der Veränderung der Konsum- und Lebensgewohnheiten. Diese lassen sich in erster Linie dem dritten Thema des Konzi-liaren Prozesses, eben dem der "Bewahrung der Schöpfung" zuordnen. Aber auch der Bereich Schutz des (ungeborenen) Lebens gehört hierher: eine Vielzahl fast ausschließlich katholischer Christen geht in ihren Eingaben dazu ein.

Es ist nicht zufällig, daß das Thema Ökologie/Umweltschutz in so vielen Eingaben vorkommt, da die DDR mit Abstand bis 1989 bekanntlich dasjenige Land in Europa mit den größten Schadstoffemissionen durch Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlendioxid und Staub war. Die höchsten Luftbelastungen hatten die Bezirke Halle, Bitterfeld, Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Leipzig und Frankfurt/Oder zu verzeichnen.⁹ Dieser beängstigende Zustand lag daran, "daß die DDR kein technisch ausgereiftes, großindustriell einsetzbares Verfahren zur Rauchgasentschwefelung ihrer Kraftwerke besaß, die Entwicklung moderner Umwelttechnik sträflich vernachlässigte und dem Produkti-

onswachstum unbedingte Priorität vor dem Umweltschutz einräumte."¹⁰

Grundsätzlich beruhte dies darauf, daß in der DDR die heimische Braunkohle als Hauptprimärenergiequelle verwendet wurde und daß zu viel Primärenergie durch den geringen Wirkungsgrad bei der Umwandlung von Energierohstoffen in Elektroenergie verschwendet wurde. Die Koppelung der gesamten Energiewirtschaft an die Braunkohlewirtschaft zeitigte mannigfache ökologische Konsequenzen wie etwa Verlagerung ganzer Dörfer, Zerstörung gewachsener Landschaften, Absenkung des Grundwasserspiegels und Eingriff in die Grundwasserreserven, Entzug forst- und landwirtschaftlich genutzter Flächen für den Tagebau etc.. Als weitere nicht ungefährliche Umweltbelastungen kamen noch massive Gewässerverschmutzungen und Gewässervergiftungen durch die chemische Industrie, die Textil- und Zellstofffabriken, dem Kalibergbau und der metallverarbeitenden Industrie hinzu - und dies, obwohl die DDR geographisch zu den wasserärmsten Staaten der Erde gehörte.¹¹

All dies ist auch Thema der Eingaben. So soll zunächst eine Gruppe von Jugendlichen im Alter von 17 bis 23 Jahren zu Worte kommen, die im Umweltschutz aktiv war. Sie verfaßte im Januar 1988 eine mehrseitige Eingabe über die ökologisch-soziale Situation im Kreis Borna (zwischen Leipzig und Karl-Marx-Stadt, jetzt Chemnitz, gelegen). Darin werden u.a. grundsätzlich die Alltagsproblematik dieser Menschen und deren Alltagszwänge vor dem Hintergrund einer von Umweltverschmutzung höchst beeinträchtigten Region geschildert:

"Wahrnehmen der Situation im Kreis Borna. Hauptwirtschaftszweig: Förderung von Braunkohle, der Kreis Borna ist ein wichtiger Energieproduzent für die DDR und andere Länder Europas! (...) Die Folgeerschei-

⁹ Vgl. Buck, Hannsjörg: Umweltpolitik und Umweltbelastung, in: Kührt, Eberhard (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation in der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 223-263, S. 225f.

¹⁰ Ebenda, S. 228.

¹¹ Zum Gesamtkomplex vgl.: Ebenda, S. 235ff.

nungen bringen die totale Verschmutzung der Umwelt mit sich. 1. Luftverschmutzung: Belastung mit Schwefeldioxid über die Grenzwerte hinaus, Belastung mit Ruß, mit Abgasen von Industrie, Haushalten und Autos. 2. Wasserverschmutzung: Belastung der Gewässer mit Ruß, Abwässern aus Industrie, speziell der chemischen Industrie, da Mangel an Abwasserreinigungsanlagen. 3. Bodenverschmutzung: alle Abgase und Abprodukte der Industrie (...) werden massiv in die Bodenstruktur eingelagert (...) Es werden (...) seitens staatlicher Organe, Betriebe, kommunaler Einrichtungen und Bürgern mangelhafte, wenige oder keine Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltpolitik/Umweltlage erbracht oder abgeblockt. Konzentration der Bevölkerung durch Umsiedlung von Bürgern aus abgebagerten Ortschaften in Wohngebiete (...) Soziale Erscheinungen: - Unzufriedenheit in der Bevölkerung unserer Stadt durch verschmutzte Umgebung, durch Mißverhältnis von Arbeit und Erholung, äußerst schwache kulturelle Betreuung, durch mangelnde Versorgung mit Konsumgütern verschiedenster Art, durch zögernde Bau- und Rekonstruktionsmaßnahmen von Gebäuden (Wohn-einheiten) besonders im Stadtzentrum von Borna; - Mißstände im sozialen Umfeld und in zwischenmenschlichen Beziehungen, gefördert durch Schichtarbeit, Unzufriedenheit, allgemeines Umfeld (...) Mißstände äußern sich im Alkoholismus, Ausreise, Abstumpfung, Unempfindlichkeit gegenüber der Umweltsituation."¹²

Weitere, oft genannte Themen im Zusammenhang mit Ökologie und Umweltverschmutzung sind die Kritik an der viel zu häufigen Benutzung von PKWs, am hohen Anteil von chemischen Stoffen im Haushalt, am Gebrauch von Spraydosen und an der Art der Ernährung. Gemeint ist hierbei der hohe Fleischverbrauch, der sich hauptsäch-

lich auf die politisch motivierte Niedrigpreispolitik zurückführen läßt.¹³

Bemerkenswert ist die mehrfach geäußerte Forderung, daß Christen prinzipiell bereit sein sollten, zum Schutze der Umwelt höhere Preise für Wasser, Strom, Gas, Benzin, Grundnahrungsmittel und höhere Autosteueren in Kauf zu nehmen.¹⁴ Erstaunlich ist hierbei, daß viele Petenten den allgemein hohen materiellen Lebensstandard und Massenkonsum (!), der zu verschärfter Umweltverschmutzung in der DDR führt, kritisieren. So wird vor einer Kopie der "westlichen" Konsumgewohnheiten und den damit korrespondierenden Lebensstilen, kurz: eines "Lebens im Überfluß", gewarnt.¹⁵ Erstaunlich deshalb, weil es in der DDR bekanntlich ständig Versorgungslücken und -engpässe gab und nicht nur hochwertige Konsumartikel Qualitätsmängel aufwiesen, beispielsweise im Textil-, Elektro- und Fahrzeugbereich.

Schließlich wird die friedliche Nutzung der Kernenergie, bis auf ganz wenige Ausnahmen, als gefährlicher Eingriff in die Natur und als Bedrohung von Natur und Gesellschaft empfunden: "Der geplante großangelegte Einstieg in die Kernenergie könnte, nach allem, was mir bekannt ist ... ein Verhängnis für unser Land werden."¹⁶

Wie bereits erwähnt, stellten insbesondere die aus den katholischen Gemeinden kommenden Eingaben den Schutz des ungebohrenen Lebens in den Vordergrund. Sie prangerten die vermutete, erschreckend hohe Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen in der DDR an: "Was uns Jugendliche im besonderen bewegt, ist die Schwangerschaftsabbruch-Praxis in unserem Land. Wie sich

¹³ Vgl. z.B. EZA 117/13, 117/23, 117/52.

¹⁴ Vgl. EZA 117/4, Nr. 1206, 1299, 1308, 1340, EZA 117/52.

¹⁵ EZA 117/23, Nr. 9168/69, 21.1.1988; vgl. a. EZA 117/3, 117/8.

¹⁶ EZA 117/3, Nr. 980, 29.12.1987; vgl. a. 117/8, 117/15, 117/23.

¹² EZA 117/13, Nr. 4875.

die Einstellung zum werdenden Leben entwickelt hat, ist erschreckend."¹⁷ Tatsächlich war die Höhe der Abtreibungen statistisch gesehen - mit Ausnahme der hohen Abtreibungsrate vor dem 18. Lebensjahr - insgesamt eher geringfügig; gemeint ist wohl die Rechtslage in bezug auf Schwangerschaftsabbrüche.¹⁸

"Frieden": Zur Friedfertigungs- und Toleranzproblematik im Alltag

Eine nicht unwesentliche Anzahl der Eingaben behandelt Bereiche, in denen "Frieden" in unterschiedlichen Bereichen thematisiert wird. Auf der einen Seite erlangt die Toleranzproblematik bis hin zu Erscheinungsweisen des Rassismus (Umgang miteinander, mit Minderheiten und Ausländern) eine große Bedeutung, auf der anderen Seite wird der Bereich Friedenserziehung und die Wehrdienstproblematik angesprochen. Viele der Eingabeschreibenden mahnen also mehr Toleranz im Umgang miteinander und im gesellschaftlichen Verkehr an, sie beklagen sogar einen nicht geringfügigen Rassismus.

So wird in einer Eingabe allgemein gegen Diskriminierung jeglicher Art Stellung genommen, insbesondere aber gegen Randgruppen - gleichviel ob politisch und/oder ökonomisch erzeugt: "Die Ökumenische Versammlung sollte die Kirchen auffordern, dazu beizutragen, daß auch in der Gesellschaft alle Diskriminierungen abgebaut werden (z.B. im Bildungsbereich, bei Wehrdienstverweigerern, Ausländern, Alkoholikern u. Homosexuellen)."¹⁹ Ein Pfar-

rer aus Rathenow stellt zum Thema Ausländer und Rassismus fest: "Die Begegnung mit Ausländern in der DDR muß dringend gefördert werden. Es gibt in der DDR einen militanten Rassismus (vgl. die Vorfälle zum Heiligen Abend [1987, M.M.] in Rathenow!)."²⁰

Es ist schon vielsagend, daß die Kirchen und nicht der Staat und dessen Bildungssystem dazu aufgefordert werden, zu Toleranz und gegen Diskriminierung Stellung zu beziehen, daß sie diejenige Institution ist, der man so etwas am ehesten zutraut: "Ausländische Arbeiter und Studenten werden bei uns oftmals ungerecht behandelt bzw. abgestempelt. Die christlichen Kirchen sollten sich in erster Linie um eine Erziehung zu gleichberechtigter Behandlung und Einstellung gegenüber Ausländern in unserem Land bemühen."²¹ In einer Eingabe wird auch auf die mangelnde Information über das Leben der Ausländer in der DDR und die daraus resultierenden Begleiterscheinungen hingewiesen.

Daß an die beiden Kirchen und nicht an den Staat appelliert wurde, ist verständlich, wenn man sich einerseits die strukturell und damit systembedingt verengten Handlungsspielräume der Bevölkerung im öffentlichen Leben der DDR vor Augen führt, die einen Umgang mit Ausländern massiv erschweren, und andererseits die Diskussion um Wehrerziehung und Wehrdienst in den Eingaben verfolgt. Einhellig wird gefordert, "einen sozialen Friedensdienst" oder "zivilen Ersatzdienst"²² im Sozialbereich einzu-

¹⁷ EZA 117/33, Nr. 10/22, 2.2.1989.

¹⁸ Vgl. Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen 1996 (2. erweiterte und überarbeitete Auflage), S. 335ff.

¹⁹ EZA 117/23, Nr. 9164. Aus einer Eingabe zur Problematik Homosexualität ist zu entnehmen, daß es in der DDR rund 850.000 (!) homosexuell empfindende Menschen gegeben

haben soll (vgl. EZA 117/27, 7.2.1989).

²⁰ EZA 117/A3-830/1215-Vorschläge, Nr. 2927.

²¹ EZA 117/15, Nr. 5578. Anfang 1989 lebten in der DDR 166.419 ausländische Menschen über 18 Jahre aus insgesamt 129 Staaten, wovon 33.789 ihren ständigen Wohnsitz in der DDR hatten. Die meisten kamen aus Kuba, Vietnam und Mosambik.

²² EZA 117/52, Nr. B 1602, 11.1.1988; vgl. a. EZA 117/17, Nr. 6696, Jan. 1988.

richten, um einer "Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens"²³ entgegenzuwirken. Des weiteren wird gefordert, das Fach Wehrerziehung in den Schulen zu streichen bzw. die "Feindbilderziehung vom Kindergarten bis zum Wehrkundeunterricht"²⁴ aufzugeben. Ferner heißt es: "Für unser Land sollte Verkehrs- und Gesundheitserziehung statt Wehrerziehung an den Schulen gelehrt und praktiziert werden." Ganz allgemein wird von vielen gefordert, "die Vermittlung von Feindbildern und die Erziehung zum Haß"²⁵ von seiten des Staates aufzugeben, um Alltag, Bildungswesen und Öffentlichkeit von militärischen Symbolen und Strukturen freizumachen. (In den 70er Jahren wurde in der DDR in allen Altersstufen von der Vorschule über die Oberschule bis zur Hochschule die Wehrerziehung auf- und ausgebaut. Ferner wurde 1978 ein obligatorischer Wehrkundeunterricht für alle Schüler der 9. und 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen eingeführt.)

"Gerechtigkeit": Zu sozioökonomischen, sozialmoralischen und politisch-sozialen Dimensionen des Alltags

Der private und gesellschaftliche Alltag, das Verhältnis des institutionellen Gefüges zur DDR-Bevölkerung, kurz: die Einbettung der individuellen Lebensläufe in den SED-Staat, ist Thema der Eingaben zum Stichwort "Gerechtigkeit". Zwar war dies auch bei den beiden vorangegangenen Stichworten der Fall, nur wird an dieser Stelle die gesellschaftliche Verflechtung vor dem Hintergrund einer gerechten Ordnung des Sozialen und Politischen thematisiert, und zwar aus dem Grunde, daß die politischen Machtinstanzen, die Massenorganisationen und ideologischen Vorgaben den Lebenslauf der

Individuen in allen Bereichen - und somit auch im Alltag - zu steuern versuchten.

Durch die hohe Bedeutung des familiären Lebens und der persönlichen Netzwerke, das sozialmoralische Milieu, den Rückzug in die Nischen des Privaten (Familie, Datsche, Garten, Konsum und Freizeitsport), konnten freilich eigene individuelle Wert- und Zielvorstellungen als Alltags- und Lebensmaxime entwickelt werden. Allerdings war die Familie nicht geringen Belastungen auf Dauer ausgesetzt, da die Anforderungen der Arbeitswelt, die Organisation des Alltags, der soziale Kontakt zu Verwandten und Bekannten miteinander vereinbart werden mußten. Hier setzen die Eingaben an.

Einen breiten Raum nehmen Probleme der Doppelbelastung und Gleichberechtigung der Frau, Erziehungsprobleme, Familien-, Wohn- und Infrastrukturverhältnisse sowie die Menschenrechtsproblematik im Zusammenhang mit Fragen der Gewaltenteilung, der Demokratie und der Behördenwillkür ein. Zum Thema Gleichberechtigung und Doppelbelastung der Frau wird u.a. ausgeführt:

"Die fehlenden Eingaben zur Frauenthematik (gemeint ist der Zeitraum Dezember 1987 bis Oktober 1988, M.M.) an die ÖV zeigen, daß dieser Problembereich in der DDR-Öffentlichkeit bisher kaum diskutiert wird. Aber heißt das, daß Probleme auf diesem Gebiet deshalb nicht existieren? Statistische Angaben über die Anzahl von Frauen in gesellschafts- und kirchenleitenden Gremien zeigen eindeutig, daß Frauen bei Entscheidungen in Politik und Kirche bisher kaum Mitsprache haben. Frauen *wollen* und *können* sich in die vorgegebenen Leitungsstrukturen nur in sehr geringem Maße eingeben. Warum ist das so und welche Auswirkungen auf Klima und Entscheidungsfindung in Leitungsgremien (und damit für uns alle) hat das eigentlich? (...) Frauen ha-

²³ EZA 117/14, Nr. 5466, 12.1.1988, S.2.

²⁴ EZA 117/18, Nr. 2397, 15.1.1988.

²⁵ EZA 117/23, Nr. 8925, 15.1.1988 und EZA 117/10, Nr. 3956.

ben ein niedrigeres Durchschnittseinkommen.²⁶

Andererseits werden von vielen die Belastungen der Frau in Beruf und Familie kritisiert: "Berufstätigkeit der Frau: - fehlende Möglichkeiten von Teilzeitarbeit, Teilstudienabschlüssen im Interesse der Kinder; - negative Wertung für Hausfrau und Mutter in der Gesellschaft; - soziale Maßnahmen sind alle an Berufstätigkeit gekoppelt, fehlende Förderung der Hausfrau und Mutter z.B. finanzielle Stützung, speziell zugeschnittene Bildungsangebote."²⁷

Aber auch konservative (Familien-)Werte werden eingefordert: "Besonders die Frau muß den Umfang ihrer Berufstätigkeit im Blick auf das Wohl der Familie frei wählen können. Grundlegende Werte und Normen des Zusammenlebens werden primär in der Familie erfahren und ihre Verwirklichung sollte auch in ihr eingeübt werden."²⁸ Aus einer eher feministischen Perspektive, geschrieben von einer Frauengruppe als Stellungnahme zu Passagen des Textentwurfs der 2. ökumenischen Versammlung in Magdeburg, liest sich diese Problematik folgendermaßen: "Frauen haben nur die Möglichkeit, sich in der Gesellschaft einzubringen, wenn sie sich den patriarchalischen Strukturen unterwerfen (also Familie und Beruf gleichzeitig verkraften)."²⁹

Direkt die Produktionsverhältnisse in den Betrieben ansprechend, kommt eine Gruppe von Petenten zu dem brisanten Schluß: "Familien brauchen nicht durch unnötiges Dreischichtensystem, um der Planerfüllung willen, zerrissen werden, eine Auslastung einer Schicht u. die Säuberung der Betriebe wäre günstiger - so würde auch eine 35 Std. Woche unserer Volkswirtschaft nicht schaden u. den Familien nützen."³⁰ Diese Grup-

pe ist in ihren Einschätzungen zur allgemeinen Familiensituation in der DDR nicht weniger kritisch und radikal, sprechen sie doch allgemein von "gestörter Familienstruktur"³¹, deren Kriterien von anderen Eingaben zu diesem Thema zumeist bestätigt werden können.³² Folgende Punkte gehören zum Kriterienkatalog dieser Einschätzung: "- Alkoholismus - Schichtarbeit, obwohl die 2. u. 3. Schicht fast immer leer läuft - Fernsehkonsum - zu hoher Zeitaufwand für lebensnotwendige Besorgungen - einseitiges Wohnungsbauprogramm / Neubausilos mit ihren Problemen (...) - mangelnde Vorbildwirkung von Eltern und Pädagogen."³³

Das Problem des Alkoholismus beschränkt sich in den Eingaben freilich nicht nur auf (gestörte) Familienverhältnisse, sondern ist landesweit beobachtet worden und damit ein gesellschaftliches Problem, wird doch die Zahl der Alkoholiker auf eine Million geschätzt. Deshalb fordern Petenten von den Bildungsinstitutionen, bereits im Kindes- und Jugendalter vorbeugend gegen den "hohen Alkohol- und Nikotinmißbrauch" aufklärend zu wirken.³⁴

Bevor auf die Wohnsituation einzugehen ist, muß noch der Bereich Kinder- und Jugend-erziehung, namentlich die Vorschulerziehung (Kinderkrippe, Kindergarten), aufgegriffen werden. Die Petenten kommen darin überein, daß der Staat, das staatliche Bildungssystem, hier zugunsten der Erziehungsaufgabe der Familie zurückweichen sollte. In diesen Eingaben tritt ihr christlicher Glaube besonders hervor, insofern die Petenten vor einer Indoktrination durch die staatliche Kinder- und Jugend-erziehung warnen: "Erst-erziehungsrecht der Eltern (= Naturrecht) muß von allen christl. Kirchen

²⁶ EZA 117/27, Nr. 61, Feb. 1989.

²⁷ EZA 117/14, Nr. 5466, 12.1.1988, S. 2.

²⁸ EZA 117/4, Nr. 1234, 31. 12.1987, S.4

²⁹ EZA 117/27, Nr.3/15, 19.11.1988.

³⁰ EZA 117/27, 13.2.1989.

³¹ Ebenda.

³² Vgl. EZA 117/3, 117/9, 117/10, 117/18, 117/33.

³³ EZA 117/27, 13.2.1989.

³⁴ Vgl. EZA 117/27 und 117/A3-830/1215-Vorschläge.

herausgestellt und eingefordert werden. (...) Erziehungssystem soll den Totalitätsanspruch aufgeben oder die Zulassung anderer weltanschaulich geprägter Erziehungseinrichtungen (mehr christl. Kindergärten und Schulen)" vornehmen.³⁵ Bezogen auf Jugendorganisationen wird unter dem Stichwort "Ersterziehungsrecht" festgestellt: "Staat mit seinen Einrichtungen wie Schule, Betriebe, seinen Organisationen wie JP (Junge Pioniere, M.M.), FDJ, GST (Gesellschaft für Sport und Technik, M.M.) u.a. nehmen zu großen Einfluß auf die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen und drängt dadurch seine Meinung auf."³⁶ Sofern aber Kinder und Jugendliche nicht der FDJ und den Jungen Pionieren angehören und auch nicht an der Jugendweihe teilnehmen, entstehen ihnen in der Regel schulische und berufliche Nachteile: Die formale Chancengleichheit ist nicht gewahrt. Hier solle die Ökumenische Versammlung die Regierung der DDR bitten, dem entgegenzuwirken.³⁷

Der Alltag der DDR-Bevölkerung kann freilich nicht losgelöst von der allgemeinen Wohn- und Infrastruktur betrachtet werden. Nicht wenige Eingaben haben demzufolge die Versorgung mit Wohnraum, den Zustand der Häuser und der Infrastrukturausstattungen zum Thema. Beklagt wird der Zustand der Städte, ihre partiell unzureichende, ja auch ungerechte Ausstattung (im Vergleich zur Hauptstadt Ost-Berlin) sowie die mangelnde Versorgung und psychologische Betreuung von pflegebedürftigen Menschen. Das Verhältnis von Mietpreis und Wohnraumversorgung ist Thema der folgenden Eingabe: "Wir benötigen eine Mietpreiserhöhung für den Altbaubereich, hier könnte angenehmer Lebensraum geschaffen werden, doch Wohnungen bleiben leer, weil

es den Vermietern Angst vor den Kosten wird."³⁸

Der politische Zentralismus und die Ausstattung und Gestaltung der Städte werden als ungerecht empfunden: "Wie können wir gegen offensichtliche Ungerechtigkeiten in unserem eigenen Land aufmerksam machen? - Missverhältnis zwischen Hauptstadt Berlin und übriger DDR; - vielleicht auch über die Einrichtung von Einkaufsstädten, Heimen mit besonderem Komfort und Wohngebieten für privilegierte Schichten, die zu Abgrenzung und Entfremdung im eigenen Land führen."³⁹ Auch die altersspezifische Wohnsituation - der Zusammenhang von Lebensalter, Wohnlage und städtischer Infrastruktur - und die daraus folgende Stadtgestaltung wird kritisch dargestellt: "Altersgerechte Wohnungen in allen Stadtteilen, um alten Menschen nach einem Umzug in eine solche Wohnng. die alten sozialen Kontakte zu erhalten."⁴⁰ Und ferner: "Man hört viele Klagen über verkommene Städte in unserem Land. Ganze Stadtviertel verfallen, Straßen verschmutzen. Auch in Neubaugebieten wächst das Unkraut meterhoch. In vielen Häusern sind die Treppenhäuser verschmutzt und werden von den Bewohnern nicht mehr gereinigt nach der Devise: Was soll ich? Es ist nicht mein Haus. Wenn es zerfällt, bekomme ich eine andere Wohnung. Das führt oft zu Konflikten mit älteren Menschen, die eine andere Lebensweise lieben."⁴¹

Die allgemeinen Wohn- und Infrastrukturverhältnisse, einschließlich Einrichtungen des Gesundheitswesens, verschlechterte sich in den 80er Jahren in der DDR rapide: Mit der landesweiten Konzentration auf den jeweiligen randstädtischen Neubau von Großsiedlungen und deren hochgradig genormten

³⁵ EZA 117/23, Nr. 9201, 12.1.1988, S.1 (Rückseite).

³⁶ EZA 117/8, Nr. 3086, Jan.1988.

³⁷ Vgl. EZA 117/8 und 117/23.

³⁸ EZA 117/27, 13.2.1989.

³⁹ EZA 117/4, Nr. 1312, Jan.1988.

⁴⁰ EZA 117/23, Nr. 9201, 12.1.1988, S.2 (Rückseite).

⁴¹ EZA 117/4, Nr. 1328, Jan.1988.

Wohnungseinheiten wurde die Instandsetzung, Modernisierung und Erhaltung des Altbaubestandes der Mittel- und Großstädte in erheblichem Maße vernachlässigt und führte somit zu einem rapiden Verfall der Altbausubstanz. In den Altbaugebieten blieben zumeist ältere Menschen wohnen, da die Jüngeren vorwiegend in die randstädtischen Neubaugebiete umsiedelten.

Die dokumentierte Kritik von Mangel, Ungerechtigkeit und zeitökonomischer Überforderung in der sozialen Welt des Alltags muß nun um den Bereich des Politischen, sprich: um die politische Sphäre, die den Alltag beherrschte und prägte, erweitert werden. Hier sind es die Themen Menschenrechte, politische Partizipation, Pluralismus, Informations- und Reisefreiheit, Behördenwillkür, Amtsbevormundung und Gewaltenteilung, die in den Eingaben angemahnt und kritisch erörtert werden, respektive deren Fehlen allgemein beklagt wird. Die soziale Welt des Alltags ist insgesamt strukturiert und beherrscht vom politischen System - dem SED-Staat und seinen Massenorganisationen. Die Eingabe eines Aktivisten aus der politischen Oppositionszenerie verdeutlicht den Zusammenhang zwischen der von Superintendent Zierner treffend formulierten "Kompetenz der Betroffenen von unten" (s.o.) mit Partizipation und Öffentlichkeit:

"Alle drei großen Themenbereiche, mit denen sich die Ökumenische Versammlung beschäftigen wird und muß, haben eines gemeinsam: Man wird ihren Herausforderungen nur begegnen können, wenn jeder Einzelne ihre Bedeutung für sein Leben erkennt, wenn er bereit und fähig wird, ein eigenes Urteil zu bilden, sein Leben zu ändern. Das geht nicht allein. Dazu gehört Anregung und Begleitung, die umfassende und offene Information, die Möglichkeit des Gesprächs in Gruppen, in öffentlicher Diskussion, der öffentliche Streit um den noch offenen Weg der Gesellschaft in die Zukunft,

die wirkliche Beteiligung an den Entscheidungen in der Gesellschaft."⁴²

Eine politisch-kulturell autonome Öffentlichkeit, in der unterschiedliche Meinungen und Ansichten auf dem Marktplatz der öffentlichen Sphäre sich vermitteln und Forderungen nach politischer Partizipation formuliert werden, gibt es nicht. Aufgrund des Fehlens einer derartigen "Vermittlung" ist der Alltag durch das Totalitär Politische sowohl eingezäunt als auch hochgradig ideologisiert wegen des staatlichen Vormundschaftsanspruchs gegenüber der DDR-Bevölkerung. Dies läßt nicht wenige der Petenten - und vermutlich nicht nur diese - resignieren: "Ängstlichkeit, Anpassung und Resignation beherrschen unseren Alltag mehr als genug."⁴³ Eine Rechtssicherheit scheint insofern in den politisch vorgeprägten und formierten Bereichen des Alltags nicht zu existieren. Diese Zustände werden als Mangelerfahrung auch in einer ganzen Reihe von Eingaben zum Ausdruck gebracht.

Der staatliche Vormundschaftsanspruch, der die Menschen zu Bittstellern der Verwaltung degradiert, kommt ebenso zur Sprache, wobei fehlende Grundrechte beklagt werden:

"Transparenz und Offenheit tut not. Der subjektiven Auslegung von Gesetzen und Verordnungen durch Behörden(-Angestellte) muß ein Riegel vorgeschoben werden. Gerade im gesundheitlichen und sozialen Bereich des Staates zeigt sich das (Schule mit Angsterziehung, Berufsausbildung ohne Zukunftsöffnung...). Der staatliche Vormundschaftsanspruch beschneidet die Selbstbestimmung des Bürgers. Präzedenzfall dafür ist das Recht auf freie Wohnsitzwahl und Lebensgestaltung (z.B. Arbeitspflicht und Ausreiserecht). Entsprechende (Grund-)Gesetzänderungen bzw. -konkretisierungen halten wir für überfällig,

⁴² EZA 117/8, Nr. 3325, 11.1.1988.

⁴³ EZA 117/27, Feb.1989, S.1.

um Widersprüche zwischen Internationalem und Innerstaatlichem Recht abzubauen."⁴⁴

Eine weitere Eingabe problematisiert die Informationspolitik des SED-Staats und stellt den Zusammenhang von Propaganda, Information und Alltagswissen heraus:

"Anstatt affirmativer Propaganda hätten die Medien die Aufgabe, bei allen Sinn für Realitäten, auch zwiespältige Realitäten, für Möglichkeiten und Alternativen zu wecken. Entscheidungen sind öffentlich zu begründen, Faktoren für Kurskorrekturen zu erklären; unterschiedliche Erfahrungen mit der Wirklichkeit und unterschiedliche Annäherungs- und Umgangsweisen mit Prozessen und Problemen ins öffentliche Gespräch zu bringen."⁴⁵

Letztlich spitzt sich das Problem der politischen Mitsprache, Partizipation und Information auf die Frage der individuellen Menschenrechte zu, während die sozialen Menschenrechte wie Recht auf Arbeitsplatz und Wohnung kaum einschränkenden Verordnungen und Rechtsnormen unterworfen waren. Sie hatten im Gegenteil Verfassungsrang. Viele Eingaben bringen die fehlende Verankerung der individuellen Menschenrechte im SED-Staat und deren Konsequenzen für den Alltag auf den Punkt, darüber hinaus werden unter dem Betreff "Mehr Gerechtigkeit in der DDR" stichwortartig und prägnant die mangelnde Menschenrechtspraxis und staatliche Entmündigung der Bürger beklagt. In diesem Zusammenhang werden auch Forderungen laut, Resignation und Rückzug ins Privatleben aufzugeben, um nicht einer "Schizophrenie in Bezug auf Denken und Tun"⁴⁶ Vorschub zu leisten, wodurch sich wiederum Gängelungen und Entmündigungen durch den Staat ergäben.

Abschließend ist festzuhalten, daß den ökumenischen Versammlungen 1988 und 1989 (dem Konziliaren Prozeß in Dresden, Magdeburg und Dresden) und damit letztlich der (protestantischen) Kirche in der DDR eine politisch-partizipatorische Funktion zukam. Ihr wurde gewissermaßen unfreiwillig die Aufgabe zugesprochen, eine politisch-kulturelle, staatlich vorwiegend unabhängige Sphäre der Öffentlichkeit, der Vermittlung von politischen Vorstellungen, Wünschen, Forderungen und Interessen zu übernehmen, obschon in nicht wenigen Eingaben gerade aus diesen Gründen die beiden Kirchen selbst zum Thema gemacht wurden: hierbei kritisierte man die teilweise mangelnde Toleranz gegenüber ökologisch-pazifistischen Gruppierungen im Umkreis der Kirchen, das Finanzgebahren, den recht aufwendigen Lebensstil mancher Pfarrer (!), die Entscheidungsgewalt von Kirchenrepräsentanten, mancherlei kirchliche Baupolitik, die Arbeitgeberrolle und -funktion der Kirche und schließlich die unzureichende demokratische Kultur hauptsächlich in der katholischen Kirche, so etwa die Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen in mittleren und oberen Ebenen der Kirchenhierarchie.⁴⁷

Bemerkenswert sind schließlich Eingaben, die sich direkt auf die politische Oppositionsszene beziehen: so solle sich die Ökumenische Versammlung mit der Ende 1985 gegründeten "Initiative Frieden und Menschenrechte", mit Ökologiegruppen und von Auftrittsverbot belegten Künstlern "solidarisieren"⁴⁸ (!); auch wird knapp und eindeutig gefordert: "Einrichtung von weiteren Friedens- und Umweltbibliotheken".⁴⁹

Heino Falcke, ehemaliger Probst in Erfurt (evangelische Kirchenprovinz Sachsen), kommt Jahre später zu dem euphorischen Schluß: "Das kritische politische Bewußt-

⁴⁴ EZA 117/13, Nr. 4874, 10.1.1988.

⁴⁵ EZA 117/18, Nr. 2406, 21.12.1987.

⁴⁶ EZA 117/27, Nr. 3/201, Feb. 1989.

⁴⁷ So eine ganze Reihe von Eingaben in: EZA 117/4, 117/8, 117/13-15.

⁴⁸ Vgl. EZA 117/23, Nr. 9025.

⁴⁹ EZA 117/23, Nr. 9084.

sein - nicht nur in den Gemeinden - wurde geweckt. So gehörte die Ökumenische Versammlung zu den wichtigsten vorbereitenden Faktoren der Herbstrevolution."⁵⁰

Ziener, Christof: Der konziliare Prozeß in den Farben der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission (s.o.), Bd.VI/II: Kirchen in der SED-Diktatur, Baden-Baden/ Frankfurt/M 1995

Literatur

- Buck, Hannsjörg F.: Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Kuhr, Eberhard (in Verbindung mit Buck, Hannsjörg F. und Holzweißig, Gunter) (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren (Bd. 2 der Reihe "Am Ende des realen Sozialismus"), Opladen 1996 (im Auftrag des Bundesministeriums des Innern)
- Eckert, Rainer: Zur Rolle der Massenorganisationen im Alltag der DDR-Bevölkerung, in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd.II/2: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden/Frankfurt/M
- Falcke, Heino: Die unvollendete Befreiung. Die Kirchen, die Umwälzung in der DDR und die Vereinigung Deutschlands, München 1990
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Opladen 1996 (2. erweiterte und überarbeitete Auflage)
- Lingner, Olaf: Friedensarbeit in der Evangelischen Kirche der DDR 1978-1987 (Kirchliches Jahrbuch 1987, 2. Lieferung), Gütersloh 1989
- Mau, Rudolf: Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED, Göttingen 1994
- Rein, Gerhard: Die protestantische Revolution 1987-1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990

⁵⁰ Falcke, Heino: Die unvollendete Befreiung, München 1991, S. 25